

# „Bitte gebt nicht auf“

UKRAINE Klare Warnungen und Forderungen bei Solidaritätskundgebung am zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns.

VON WOLFGANG HEILIG-ACHNECK

**NÜRNBERG** - Viele müssen ihre Heimat verlassen - und tragen doch für immer den Ort im Herzen; wo sie aufgewachsen sind: „Wo auch immer Du bist“ ist ein Lied von Freeda Shenk, die in ihrer Heimat schon einigen Erfolg hatte. Die Sängerin und Songschreiberin stammt aus Kiew, lebt aber seit nun bald zwei Jahren in Nürnberg. Schon bald nach Beginn der russischen Angriffe auf ihr Land hatte sie hier Zuflucht bei einer Freundin gefunden. Das Haus, in dem ihre Familie einst gewohnt hatte, steht zwar noch, aber dort wartet niemand mehr auf sie. Ihr Vater sei dort seinen Krankheiten erlegen, weil die nötigen Medikamente nicht mehr zu bekommen waren.

Jetzt konnte sie sich erstmals in größerem Rahmen dem Nürnberger Publikum vorstellen: bei einer Solidaritätskundgebung zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine. Wo sie auch gleich noch das traurige Lied von der Mutter zum Besten gab, die vergeblich auf ihren Sohn wartet - eine Erfahrung, die aktuell Abertausende von Frauen in der Ukraine wie auch in Russland machen müssen.

Gestützt auf eine musikalisch-pädagogische Ausbildung schreibt die inzwischen 31-Jährige sowohl eigene

Lieder wie Songs für andere. Wie für viele Künstler sei das jetzt ihre Art, sagt sie, „mein Land zu unterstützen, und den Menschen etwas zu geben, damit sie durchhalten“. Als Plattform nutzt sie vor allem die Sozialen Netzwerke, freilich wünscht sie sich sehnlichst auch Live-Auftritte, aber Veranstalter zu finden, ist nicht leicht - und für ein deutsches Publikum müssen ihre Texte eben doch übersetzt werden. Was auf der Kundgebung die Dolmetscherin Irina Zimmermann übernahm.

Ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und demokratischen Parteien hatte zu der Versammlung auf den Nürnberger Kornmarkt eingeladen. Rund 400 Bürgerinnen und Bürger kamen, viele Ukrainerinnen und Ukrainer zeigten sich mit ihrer Landesflagge, aber die meisten Teilnehmer hätten sich doch eine etwas größere Beteiligung gewünscht. Warum es nötig ist, machten alle deutlich, die Transparente und Schilder mitgebracht hatten, etwa mit der Anklage „Russland ist ein terroristischer Staat“ oder der unmissverständlichen Warnung: „Fällt die Ukraine, sind wir dran“.

Schon die furchtbaren Zerstörungen zu sehen, sei erschütternd, sagte Alexander Lissak, der sich beim Partnerschaftsverein Charkiw-Nürnberg um die Hilfslieferungen kümmert

und sich auch vor Ort erkundigt hat. „Aber noch schlimmer ist der Blick in die Augen der Kinder, die all das Grauen miterleben.“ Neben Care-Paketen, Betten, Generatoren und anderen Hilfsgütern konnte Nürnberg mit Unterstützung der bayerischen Staatskanzlei wenigstens zwei Schulen in der Partnerstadt so ausstatten, dass Kinder nicht mehr in der U-Bahn lernen müssen. Sein flammender Appell auch an alle Helfer: „Bitte gebt nicht auf.“

## Botschaft aus Charkiw

Zumal sich auch der Bürgermeister von Charkiw, Ihor Terechow, schon mit Wiederaufbau-Planungen für seine „Heldenstadt“ beschäftigt. Leider haben die russischen Raketen soviel Leid und Zerstörung angerichtet, dass sich das Aussehen der Stadt vollkommen verändert habe, betonte er in einer eingespielten Audio-Botschaft.

Besonders starken Beifall erhielt Nadezhda Kolobaeva von der Allianz für ein freiheitlich-demokratisches Russland - für ihren Beitrag wie wohl auch für ihren Mut. Sie will vor allem die Propaganda aus dem Kreml entlarven und auf die größeren Zusammenhänge hinweisen: „Auch nach einer Eroberung der Ukraine würde Putin keine Ruhe geben, dann wären die baltischen Länder, Moldawien, Ka-

sachstan, Finnland und Polen an der Reihe“, warnt sie. „Allein die ukrainische Armee sichert uns im Augenblick unsere Freiheit und Stabilität.“

Im Übrigen lege es der „autokratische Zar“ auf eine Destabilisierung der Demokratien durch Unterstützung aller möglichen Kräfte an - von der Hamas über die Huthis bis Trump in den USA und der AfD in Deutschland. Und der Tod des Regimekritikers Alexei Nawalny sei zweifellos als staatlicher Mord einzuordnen.

Dass und wie die AfD letztlich als „verlängerter Arm von Moskau“ agiere und auch deshalb energisch bekämpft werden müsse, betonte auch Stephan Doll, der Regionsgeschäftsführer des DGB in Mittelfranken und Sprecher der Allianz gegen Rechtsextremismus. Bei aller notwendigen Unterstützung für die Ukraine sei die Politik allerdings gefordert, den sozialen Frieden im Land sicherzustellen.

Sehr zum Bedauern des Bündnisses war es offenbar nicht gelungen, die Veranstalter einer weiteren, nachfolgenden Pro-Ukraine-Kundgebung für eine gemeinsame Veranstaltung zu gewinnen. Diese, so heißt es, legten Wert auf eine rein ukrainische Beteiligung - ohne Russen, nicht mal aus der Allianz für ein freies Russland.